

KOMMENTAR

Gemeinsam. Miteinander. Füreinander.

Foto: Große



Die durch die GdP Thüringen verabschiedete Resolution beschäftigt sich mit der besorgniserregenden Zunahme von Gewalt gegenüber Polizeibediensteten. Angesichts dieser Entwicklung fordern wir ein umfassendes Konzept zur Reduzierung der Gefährdung von den zuständigen Verantwortungsträgern im Freistaat Thüringen. Insbesondere bei Demonstrationen entlädt sich die teils demokratiefeindliche Gesinnung von Straftätern, indem sie Polizeibeamte zum Teil massiv angreifen. In konkreten Fällen von gewaltsamen Demonstrationen müssen die verantwortlichen Straftäter auch als solche bezeichnet und zügig einer gerichtlichen Entscheidung zugeführt werden. Dies muss unabhängig von ihrer politischen Gesinnung erfolgen.

Gewalt gegen Polizeibeamte findet auch im alltäglichen Dienstgeschehen immer häufiger statt. Die Delegitimierung polizeilichen Handelns durch manche Bürger wird von der Gewerkschaft der Polizei mit Sorge festgestellt. Daher fordern wir für unsere Kollegen einen politischen Rückhalt, damit diese sicher agieren können.

Im Folgenden erhaltet ihr nun einen Überblick über unsere wesentlichen Ziele:

- Reduzierung der Wochenarbeitszeit für schichtdienstleistende Beschäftigte
- Herabsetzung des Pensionsalters für besonders belastende Dienste
- Chancengleichheit bei der Besetzung freier Dienstposten
- Anhebung der Polizeizulage auf die im Bund geltende Höhe
- Rückkehr zur Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage
- zeitgeregelte Beförderung in das zweite Beförderungssamt jeder Laufbahngruppe
- Etablierung flexibler Arbeitszeitlösungen, pandemiebedingte Homeoffice-Lösungen erhalten
- Erschwerniszulage für geschlossene Einheiten etablieren
- Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten auf die im Bund geltenden Höhen anheben
- Modernisierung und zeitgemäße Ausstattung der Polizeibildungseinrichtungen
- Modernisierung oder Neubau von Liegenschaften mit massivem Sanierungsstau

und arbeitsschutzrelevanten Einschränkungen

- „User-First-Digitalisierungsstrategie“: Smartphone für alle Beschäftigten
- „User-First-Digitalisierungsstrategie“: polizeiliche Anwendungen immer und überall verfügbar machen
- „User-First-Digitalisierungsstrategie“: Onlinedatenbanken, Messengerdienste, Foto-App
- Einführung der Bodycam
- Einführung von Distanzimpulsgeräten
- Anerkennung von Erkrankungen infolge einer Infektion mit COVID-19 im Dienst als Dienstanfall
- Steigerung und Ausbau des Gesundheitsmanagements (Angebote zur Regeneration, zum Dienstsport, zur Gesundheitsförderung sowie Kuren sind zwingend anzubieten und zu ermöglichen)
- Einstellung und Eingruppierung im Tarifbereich nach den tatsächlichen Arbeitsaufgaben (künftig keine Einstellungen mehr unterhalb der Entgeltgruppe 5)
- Gleichbehandlung von Tarifbeschäftigten und Beamten
- Anwendung nicht tariflich geregelter Arbeitsbedingungen für Beamte und Tarifbeschäftigte gleichermaßen (u. a. hinsichtlich des sog. Behördenfestes in Thüringen, die Teilnahme und Anrechnung des Dienstsportes als Arbeitszeit sowie die Pausenzeiten)
- auch Tarifbeschäftigte müssen künftig von Höhergruppierung wie Beamte von Stellenhebungen profitieren.

Der 9. Landesdelegiertentag der GdP Thüringen liegt hinter uns. Es war ein Landesdelegiertentag, der durch Geschlossenheit, Konstruktivität und positive Aufbruchsstimmung geprägt war. Für den neu gewählten geschäftsführenden Landesbezirksvorstand und mich als Vorsitzende war es aber auch ein Vertrauensvorschuss und eine Aufforderung, die gesetzten Ziele zu erreichen und somit unsere Gewerkschaft weiterzuentwickeln.

Das dabei auch Stolpersteine und andere Widrigkeiten auf uns warten, haben die zurückliegenden Monate gezeigt. Ich bin mir jedoch sicher, dass wir es schaffen, wenn wir die positive Stimmung des Landesdelegiertentages mit in unsere alltägliche Arbeit nehmen.

An dieser Stelle möchte ich die Chance nutzen, euch einen Überblick über die auf dem Landesdelegiertentag verabschiedete Resolution sowie die wichtigsten Anträge zu geben. Diese Themenfelder bilden die Grundlage unserer gewerkschaftlichen Arbeit der nächsten fünf Jahre.

Die Umsetzung der vorgenannten Ziele möchten wir gemäß unserem Motto „Gemeinsam. Miteinander. Füreinander.“ zeitnah in Angriff nehmen. Wir wollen diese Ziele durch Verhandlungen mit den im Landtag vertretenen demokratischen Parteien, mit der Landesregierung und dem Dienstherrn erreichen. Vieles geht dabei nur mit und über die Personalvertretungen. Es ist nun an euch, uns hierbei mit eurer Stimme zur Personalratswahl am 4. und 5. Mai 2022 im Bereich Justiz und vom 10. bis 12. Mai 2022 in der Polizei aktiv zu unterstützen!

Mandy Koch



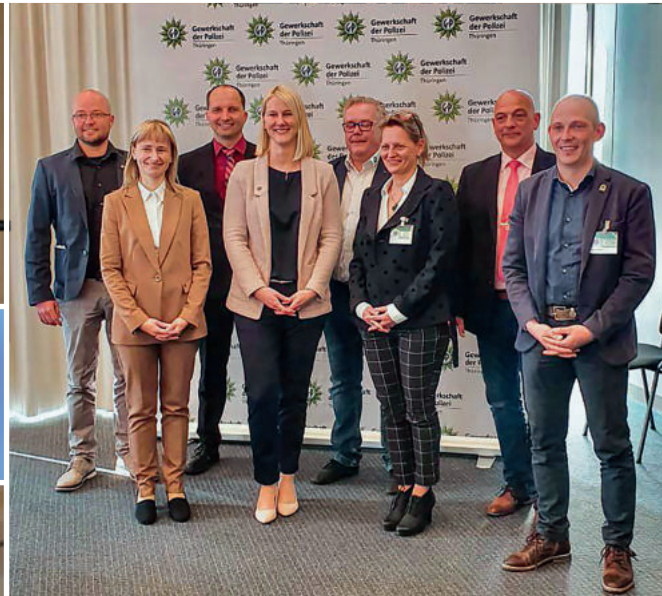
Impressionen vom Landesdelegiertentag



Fotos: Paper/Polien



GdP-Stadthonig
aus Erfurt



DP – Deutsche Polizei
Thüringen

Geschäftsstelle
Auenstraße 38 a, 99089 Erfurt
Telefon: (0361) 59895-0
Telefax: (0361) 59895-11
gdp-thueringen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
Telefon (01520) 8862464
edgar.grosse@gdp.de



GdP INTERN

Neuer Vorstand ist gewählt

Oberhof (eg). Am 24. und 25. März 2022 fand der 9. ordentliche Landesdelegiertentag der GdP Thüringen im AHORN Panorama Hotel statt. Die 80 Delegierten aus allen Kreisgruppen des Landesbezirkes wählten einen neuen geschäftsführenden Vorstand (GLBV) und berieten zu mehr als 50 Anträgen. Im öffentlichen Teil des Delegiertentages hielt Innenminister Georg Maier (SPD) die Festrede. Er kündigte personelle und materielle Verbesserungen für die Thüringer Polizei an.

Den Landesbezirk Thüringen der GdP führt weiterhin die 39-jährige Polizeihauptkommissarin Mandy Koch. Sie war bereits im November vom Landesvorstand in das Amt gewählt worden und wurde nun von den Delegierten einstimmig in ihrem Amt bestätigt. Gewählt wurden weiterhin die drei Stellvertreter der Vorsitzenden. Zur stellvertretenden Landesvorsitzenden für Tarifangelegenheiten wurde Doreen Cyriax gewählt. Die anderen beiden Stellvertreterfunktionen nehmen Wolfgang Gäbler und Thomas Scholz wahr. Wolfgang Gäbler wurde seit 2012 bereits zum vierten Mal in das Amt gewählt, Thomas Scholz hat die Funktion bereits seit Mai 2021 inne. Zum geschäftsführenden Vorstand gehören auch die Kassierer und Schriftführer. Die Delegierten wählten Lutz Bernsdorf zum Kassierer, Annett Wahlig zu seiner Stellvertreterin, sie bestätigten Daniel Braun im Amt des Schriftführers und stellten ihm Marko Dähne zur Seite. Die acht Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes kommen aus sieben Kreisgruppen. Die Wahl erfolgte auf einstimmigen Vorschlag des Landesvorstandes, Gegenkandidaten gab es nicht.

Nicht mehr zum geschäftsführenden Landesvorstand gehört die Vorsitzende der Frauengruppe. Die jeweilige Vorsitzende gehörte seit 1994 dem geschäftsführenden Landesvorstand Kraft Amtes an. Damit wurde dieses GLBV-Mitglied auch nicht von den Delegierten gewählt. Gleichzeitig gab es immer wieder Bestrebungen seitens der anderen beiden Personengruppen, die/den Vorsitzende/n ebenfalls Kraft Amtes zum Mitglied des GLBV zu machen. Jetzt hat der Landesdelegiertentag einen Kompromiss gefunden. Auf Vorschlag des GLBV nehmen die Vorsitzenden der Personengruppen und der/die Vorsitzende der Kreisgruppe Justiz künftig mit beratender Stimme

an den Sitzungen des GLBV teil. Damit ist gewährleistet, dass die Interessen der Personengruppe und der Mitglieder aus dem Justizbereich wirksam vertreten werden können.

Breiten Raum nahm die Antragsberatung ein. Mit den Anträgen wird wesentlich der Inhalt der Gewerkschaftsarbeit in der neuen Legislaturperiode festgelegt. Neben Satzungsänderungen bestimmen die Delegierten über Fragen zur Gesellschaftspolitik und zur Organisation der GdP sowie zu dienstlichen und sozialen Angelegenheiten. In einer Resolution prangern die Gewerkschafter die zunehmende Gewalt gegen Polizei und Justizbeschäftigte an und fordern die politischen Verantwortungsträger in Thüringen auf, ein umfassendes Konzept zur Reduzierung der Gefährdungslage vorzulegen. Sie fordern eine gesellschaftliche Auseinandersetzung hinsichtlich der Ursachen politisch motivierter Gewalt und die Benennung ihrer Unterstützer. Das Gewaltmonopol müsse beim Staat bleiben und konsequent durchgesetzt werden, heißt es in der Resolution.

Ein Leitantrag benennt die Ziele der Gewerkschaftspolitik der GdP auf Landesebene. Dazu gehören das konsequente Eintreten für eine Haushaltspolitik, mit der die Aufgabenerfüllung von Polizei und Justiz sichergestellt wird. Ein Schwerpunkt darin sind die Bereiche Tarif, Besoldung und Versorgung. Konkrete Vorstellungen hat die GdP Thüringen auch zur Entwicklung der Demokratie in den Dienststellen. Dies soll insbesondere über die Mitbestimmung der Personalräte und die tatsächliche Umsetzung der sogenannten Allzuständigkeit der Personalvertretungen erfolgen. Zu den Themen gehören auch die Personalentwicklung, die Reduzierung der Arbeitsbelastung und ein konsequenter Arbeit- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten. Die Ziele sollen insbesondere durch Verhandlungen mit den im Landtag vertretenen Parteien (außer der AfD) und der Landesregierung erreicht werden.

Der zweite Tag stand ganz im Zeichen des offiziellen Teils des Landesdelegiertentages. Mandy Koch konnte Innenminister Georg Maier (SPD) und Justizminister Dirk Adams (Bündnis 90/Grüne) begrüßen. Aus der GdP-Familie waren Bundesvorsitzender Oliver Malchow, die neu gewählte brandenburgische Landesvorsitzende Anita Kirsten und der sächsische Landesvorsitzende Hagen Husgen

der Einladung gefolgt. Die stellv. Vorsitzende des DGB-Bezirk Hessen-Thüringen, Renate Sternatz, und Landrätin Peggy Greiser zählten ebenfalls zu den Gästen. Aus dem Polizeibereich waren u. a. der stellv. Abteilungsleiter Polizei m TMIK, Michael Menzel, Polizeivizepräsident Thomas Quittenbaum und LKA-Präsident Jens Kehr Gäste der GdP.

In seiner Festrede dankte Innenminister Georg Maier den Polizeibeamtinnen und -beamten in Thüringen für ihre hervorragende Arbeit. Am gleichen Tag hat Maier noch die Polizeiliche Kriminalstatistik für 2021 vorgestellt und danach ist Thüringen ein sicheres Bundesland mit einer stabilen Sicherheitslage. Die Kriminalitätsbelastung sei niedrig, die Aufklärungsquote eine der besten in ganz Deutschland und das unter Pandemiebedingungen, so der Minister. Dies sei auch auf das Wirken und die Unterstützung der GdP zurückzuführen. Maier kündigte an, dass die materielle Ausstattung der Polizei deutlich verbessert würde. Für die Sicherung des Berufsnachwuchses sei eine Taskforce eingerichtet worden, in der auch die Personalvertretungen und Gewerkschaften mitarbeiteten. Justizminister Dirk Adams, Bundesvorsitzender Oliver Malchow, Vizepräsident Thomas Quittenbaum, Renate Sternatz (DGB) und Landrätin Peggy Greiser hielten Grußworte, bevor LPD Günter Lierhammer die Maßnahmen zur Nachwuchssicherung der Polizei näher erläuterte.

Am Schluss des Delegiertentages konnte Mandy Koch noch verdiente GdP-Mitglieder ehren. Polizeisportler und GdP-Mitglied Jonathan Hilbert wurde für die olympische Silbermedaille im 50-km-Gehen geehrt. Lutz Engelhardt, Elke Heydrich, Albert Heinecke, Monika Pape und Uwe Tischer haben über viele Jahre in verschiedenen gewerkschaftlichen Funktionen herausragende Arbeit geleistet. Dank galt auch den Kolleginnen und Kollegen, die in Kommissionen oder als Helfer zum Gelingen des Landesdelegiertentages beigetragen haben, sowie den Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle. Die Verhandlungsleitung, die bestens vorbereitet und souverän durch den Landesdelegiertentag geführt hatte, erhielt dafür den Beifall der Delegierten. „Ich habe den Eindruck, die Delegierten wollen einen stabilen und arbeitsfähigen Landesvorstand und erwarten zu Recht, dass wir uns auf die Sacharbeit konzentrieren und die Interessen der Mitglieder vertreten. Der neu gewählte geschäftsführende Landesvorstand wird sein Bestes dafür geben“, versprach die Landesvorsitzende. ■

Personalratswahlen 22



Gib der GdP
Deine Stimme

4. und 5. Mai 2022 - Justiz
Hauptpersonalrat
Örtliche Personalräte

Kennwort:
GdP -
Gemeinsam.
Miteinander.
Für einander.

10. bis 12. Mai 2022 - Polizei
Hauptpersonalrat
Bezirkspersonalrat
Örtliche Personalräte

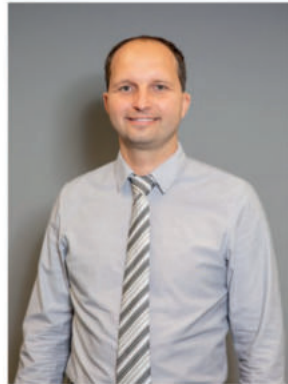
Unsere
Kandidaten:





Hauptpersonalrat Polizei

Beamte



Wolfgang Gäbler



Mandy Koch



Enrico Jacobi



Simone Orthaus



Uwe Neumann



Fred Baldauf



Daniel Braun



Mirko Eckstein



Frank Tempel



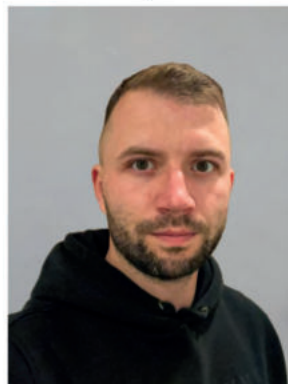
Harald Smolinski



Dirk Sauter



Mark Boksch



Stefan Lachmann



Michelle Müller



Dirk Ader



Hauptpersonalrat Polizei

Beamte



Lutz Bernsdorf



Jens Krause



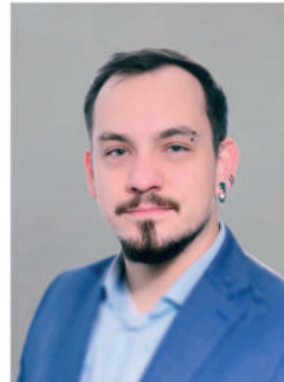
Annett Wahlig



Sven Wunderlich



Robert Heinz



Christoph Gruschwitz



Nicole Heckert



René Schröpfer



Sören Wehrhan



Jan Reinheimer



Johannes Schwarz



Dr. Jens Parade

GdP -
Gemeinsam.
Miteinander.
Für einander.



Hauptpersonalrat Polizei



Arbeit-
nehmer



Andrea Legner



Denis Benneckenstein



Norbert Konrad



Bianka Braband



Susan Jäckle-Gröhler



Mirko Frank



Petra Niebergall



André Müller

Geh
d einen
P
ersonalrat wählen!



Deine
STIMME
zählt

Hauptpersonalrat Justiz



Beamte



Dirk Trautmann



Christian Born



Sandra Born



Yvonne Schwarz



Antje Bergmann



Thomas Fernkorn



Danny Ludwig



Sebastian Koppe



Andreas Gliem

Arbeitnehmer



Sven Kabisch

Deine **STIMME** zählt



Geh d einen P ersonalrat wählen!



Bezirkspersonalrat Polizei



Beamte



Marko Dähne



Lutz Bernsdorf



Thomas Hoyer



Olaf Alperstedt



Thomas Scholz



Annett Wahlig



Enrico Dyhringer



Michael Kliche



Christine Muswiewick-Prokopp



Manuela Fügner



Dirk Boksch



Sven Hanf



Daniela Ide



Andreas Oßwald



Yvonne Kratky

Bezirkspersonalrat Polizei



Jens Krause



Harald Smolinski



Jörg Möller



Rigo Nimmrich



Mike-Peter Pulz

Arbeit-
nehmer



Doris Jahn



André Müller



Monika Pretschendörfer



Jens Hinkelmann



Annett Mund



Angela Lingmann



Lucienne Hartung



Doreen Hey



Dr. Michael Appel



Ingolf Hopf

Das wollen wir, dafür stehen wir, dafür setzen wir uns ein:

Mandy Koch, KG Erfurt: „Vernunft und Verantwortung. Deine Stimme für eine moderne Personalvertretung“

Wolfgang Gäbler, KG LPD/TMIK: "Fürsorgepflicht ist keine Wahloption"

Andrea Legner, KG LPD/TMIK: "Für eine tarifgerechte Eingruppierung streiten“.

André Müller, KG Gera: "Bessere Aufstiegsmöglichkeiten für Tarifbeschäftigte, denn ohne ihre Arbeit steht die Polizei still".

Marko Dähne, KG Gera: „Arbeitsbedingungen verbessern, Gesundheit erhalten, berufliches Fortkommen ermöglichen“

Enrico Jacobi, KG A+F: "Im Einsatz für alle Beschäftigten gleichermaßen."

Daniel Braun, KG Nordthüringen: „Die Interessen und Herausforderungen in der Thüringer Polizei sind sehr vielfältig. Als Eure Personalrats- und Gewerkschaftsvertreter möchten wir uns diesen in den nächsten Jahren sehr gern wieder stellen. Gemeinsam in unserem starken TEAM der GdP Thüringen können wir viel erreichen“.

Doreen Cyriax, KG LPD/TMIK: „Neben der Wertschätzung, der Arbeitszeitflexibilität und den Arbeitsbedingungen stehen für uns auch die gerechten Eingruppierungen und Personalentwicklungen im Tarifbereich auf der Agenda. Wir möchten in Zusammenarbeit mit dem TMIK und den Polizeibehörden Möglichkeiten der Entwicklungen von Tarifbeschäftigten prüfen, formulieren und in Umsetzung bringen“.

Thomas Scholz, KG Gotha: „Transparenz ist Grundlage für verlässliches Handeln.“

Annett Wahlig, KG Jena: „Wir stehen für Offenheit und Transparenz, benennen die Missstände und arbeiten an einer akzeptablen Lösung“.

Lutz Bernsdorf, KG Suhl: "Erfolge für die Beschäftigten trotz schwieriger Zeiten".

Geh
d einen
P
ersonalrat wählen!



Deine
STIMME ✓
zählt



INFO-DREI

Zulagen für die sächsischen Polizeibeamtinnen- und -beamten – Ein Teil der Wertschätzung?!

WERTSCHÄTZUNG ist ein Begriff, der momentan in aller Munde ist. Gerade unter Berücksichtigung der in der letzten Zeit gestiegenen Aufgaben der Polizei und der gesellschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren, die teilweise zu verstärktem Frust in einigen Bevölkerungsteilen führte, der auf der Polizei abgeladen wurde und wird. Als Prellbock der Gesellschaft ist es nicht zuletzt deswegen verständlich, dass sich die Polizeibeamtinnen und -beamten jährlich Gehör verschaffen, dass dies erkannt wird und die steigenden Belastungen und Gefahren durch die Landespolitik honoriert werden. Zu einer angemessenen Grundbesoldung gehören dementsprechend auch zielgerichtete Zulagen, die zumindest einen kleinen Teil dazu beitragen sollen, dass besondere physische und psychische Belastungen, aber auch Schwierigkeiten für das soziale Leben abgedeckt werden.

Trotz der vor Jahren geäußerten Absicht, das Zulagensystem gerechter, moderner und übersichtlicher zu gestalten, gibt es heute noch ein Wirrwarr an Zulagen, in dem es schwer fällt, den Überblick zu behalten.

In der sächsischen Polizei gibt es derzeit folgende Zulagen:

Amtszulage: Eine **Amtszulage** in Höhe von 322,64 EUR wird monatlich für die Besoldungsgruppe A 9 für die Funktionen ausgezahlt, die sich von denen der Besoldungsgruppe A 9 abheben. Das dürfen maximal 30 Prozent der A 9-Stellen sein.

Stellenzulagen: Für den Polizeivollzugsdienst wird seit dem 1. Januar 2019 eine monatliche Polizeivollzugszulage in Höhe von 75 EUR nach einer Dienstzeit von einem Jahr und 150 EUR nach einer Dienstzeit von zwei Jahren ausgezahlt. Davor belief sich die Höhe jahrzehntelang auf 63,69 EUR bzw. 127,38 EUR. Mit dem Inkrafttreten des Haushaltsbegleitgesetzes 2019/2020 wurde neben dieser Erhöhung auch die Ruhegehaltfähigkeit wieder eingeführt.

Trotz dieser Errungenschaft muss an dieser Stelle merkt werden, dass die GdP Sachsen die Erhöhung als zu gering bemessen ansieht (Forderung: 250 EUR in der Stel-

lungnahme) und vor allem kritisiert, dass an einem nicht unerheblichen Teil der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger die Ruhegehaltfähigkeit vorbeigeht, da ihre Dienstzeit zum „falschen Zeitpunkt“ endete.

Zulagen für besondere Erschwernisse: Im besonderen Interesse stehen immer wieder die sogenannten Erschwerniszulagen. Hier gibt und gab es bei der sächsischen Polizei dank der beharrlichen Forderungen der GdP ständig Bewegung.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2019 ist an die Stelle der bisherigen Zulagen für den Wechseldienst und für Schichtdienst die **Zulage für Dienst zu wechselnden Zeiten** (§ 8a SächsEMAVO) getreten. Da jedoch zeitgleich die Zulage für Beamte in den Einsatzeinheiten (§ 15 Abs. 2 SächsEMAVO a. F.) weggefallen ist, brachte diese Veränderung insbesondere bei den geschlossenen Einheiten nicht die erhoffte Wirkung.

Dies war für uns ein entscheidender Grund, sich bei der sächsischen Politik für eine Kompensation der weggefallenen Zulage einzusetzen. Im Ergebnis der geführten Gespräche wurde uns ein Entwurf einer weiteren Veränderung der Sächsischen Erschwerniszulagen- und Mehrarbeitsvergütungsverordnung (SächsEMAVO) vorgelegt, der sich derzeit im Anhörungsverfahren befindet. In ihm wird eine sogenannte „**Verbindlichkeitszulage**“ geregelt, die die besondere Erschwernis und Belastung, die sich aus häufigen Dienstplanänderungen (kurze Verbindlichkeiten der Dienste) ergibt. Kritikpunkte unsererseits sind die Tatsachen, dass sich die Höhe nur auf 40 EUR monatlich bemisst (wir fordern 100 EUR) und nicht alle den gleichen Belastungen unterliegenden Organisationseinheiten davon profitieren.

Eine weitere Zulage für besondere Erschwernisse ist die **Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten**. Auch wenn der Freistaat Sachsen jährlich etwa 6,5 Mio. EUR an ca. 9.000 Beamtinnen und Beamte auszahlt, täuscht dies nicht darüber hinweg, dass wir mit unseren „Stundensätzen“ von 0,64 EUR bis 3,20 EUR heute noch weit hinter dem Bundesniveau hinterherhinken. Dies-

bezüglich gibt es in Sachsen enormen (bereits durch uns eingeforderten) Nachholbedarf, um das Gesamtpaket einer wertschätzenden und gerechten Zulagensystematik zu schnüren.

Der Vollständigkeit halber sollen an dieser Stelle auch die zu diesem Zulagenschwerpunkt zählenden **Zulagen für Tauchertätigkeit** (Stundensätze von 2,76 EUR bis 46 EUR je nach Tauchtiefe plus Erhöhungen bei besonderen Schwierigkeiten) und für die **Sprenstoffentschärfer und -ermittler** (25,56 EUR bzw. 15,34 EUR pro Einsatz, maximal 383,40 EUR bzw. 230,10 EUR monatlich, wobei besondere Schwierigkeiten höher vergütet werden können) genannt werden.

Des Weiteren ist eine sogenannte **Zulage für besondere polizeiliche Einsätze** in einer Höhe von 225 EUR monatlich für das MEK, das SEK und die Verdeckten Ermittler vorgesehen. Auch Flieger- und in einem geringen Umfang Verfassungsschutz- und Meisterzulagen werden in Sachsen gezahlt.

Für uns als GdP Sachsen ist es enorm wichtig, diese und andere Wertschätzungsaspekte aufgrund der gesellschaftlichen und der damit einhergehenden Entwicklung im Sicherheitsbereich ständig im Auge zu behalten und im Kontext mit dem Bund und den anderen Ländern zu vergleichen.

Dadurch werden Lücken im sächsischen Gefüge erkannt, die diskutiert werden und am Ende eingefordert werden müssen. Als Beispiel sei hier nur eine in Sachsen fehlende **Erschwerniszulage für Ermittlerinnen und Ermittler bzw. Auswerterinnen und Auswerter bei der Bekämpfung der Kinder- und Jugendpornografie** aufgezählt.

Für alle diejenigen, die sich intensiver mit dem Zulagensystem der Polizei (einschließlich der Tarifbeschäftigten) im Freistaat Sachsen auseinander setzen wollen, ist die GdP Sachsen immer ein guter Ansprechpartner.

Im Übrigen sind all diese Zulagen, ihre Voraussetzungen, Höhen und eventuelle Ausschlussgründe in den §§ 44 ff. des Sächsischen Besoldungsgesetzes (Sächs-BesG) und ganz speziell im Teil 2 der bereits oben erwähnten SächsEMAVO nachzulesen.
Hagen Husgen